

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1932**

260 (8.11.1932)

# Volkstreu



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gerahmte Millimeterzeile für 12 Dienn, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Dienn. Die Restzeilen-Millimeterzeile 60 Dienn. Die Wiederholung Rabatt nach Tarif. Bei Nichtabnahme des Zeitungslesers, bei geschäftlicher Beendigung und bei Kontoführung außer Kraft tritt. Größere Anzeigen nach Vereinbarung. L. D. Schick, Bad. Zeitung-Verlag, 1. D. 2. 12. 1932

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wand, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk! Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,82 Mark, jährlich 21,84 Mark. Einzelhefte 1,50 Mark. Durch die Post 2,30 Mark. Einzelhefte 1,70 Mark. Abbestellen: Karlsruhe 1. D. 2. 12. 1932, Postfach 11111. Telefon 11111. Verlag: Karlsruhe 1. D. 2. 12. 1932, Postfach 11111. Telefon 11111.

Nummer 260 Karlsruhe, Dienstag, den 8. November 1932 52. Jahrgang

## Fort mit Papen!

Reaktionäre Hoffnungen — Die SPD wird den Kampf energisch aufnehmen

Die Wahl vom 6. November hat der Sozialdemokratischen Partei einen Verlust von 700 000 Stimmen und 12 Mandaten gebracht. Das ist um etwa die Hälfte mehr als auf die Rechnung der schwächeren Wahlbeteiligung zu legen ist. Die Sozialdemokratische Partei hat also einen echten Verlust zu verzeichnen, der etwa sechs Reichstagsmandate beträgt. Trotz der außerordentlichen Arbeit aller Mitglieder ist dieser Verlust nicht unerwartet gekommen. Zeiten schwerer Krise, in denen jahrelange Arbeitslosigkeit und bittere Not vermindert wurden, sind nicht günstig für die Ausbreitung der politischen Vernunft. Der Kampf um den demokratischen Sozialismus aber fordert nicht nur leidenschaftliche Empörung, nicht nur Redellenkündigungen und Protestsituationen, sondern auch politische Einsicht und Festigkeit, die auf echter Stärke beruhen. Er erfordert die Ausbreitung marxistischen Denkens, ein bewußt wollendes Proletariat, das zu seiner Sache hält und nicht wie Treibholz bald hier bald dort hin abdriftet.

Der Kampf der Sozialdemokratischen Partei muß deshalb in vollem Einklang mit ihrem Ziel und ihren Grundgedanken geführt werden. Er duldet bei aller tatsächlichen Freiheit kein Abweichen, die einer Entfernung von ihren großen Zielen gleichkäme und die hemmend auf die Ausbreitung sozialdemokratischer Erkenntnis wirken könnte. Erst recht nicht aber duldet er ein Abweichen in der Richtung des bloßen Proletariats, der radikalen Geste statt der richtigen Handlung, des Verfalls des Einflusses des sozialdemokratischen Proletariats, der die wirklichen Aufgaben der Sozialdemokratischen Partei nicht deshalb aus dem Rückgang ihrer Stimmen, wie aus dem Anwachsen der kommunistischen Stimmen die Schlussfolgerung ziehen müßten: Nun erst recht mit der größten eifrigsten Arbeit für den demokratischen Sozialismus zu wirken.

Immerhin zeigt das Wahlergebnis gegenüber dem 31. Juli eine Linie des Aufstieges. Die marxistische Front, die sowohl Hitler als auch Papen zurückzuführen wollte, ist stärker geworden als im alten Reichstag. Sie hat am 6. November 37,3 Prozent der abgegebenen Stimmen erreicht gegen 35,9 am 31. Juli. Sie ist diesesmal um 26 Mandate stärker als die NSDAP, während sie am 31. Juli um 7. Mandate schwächer war. Das bedeutet ein stärkeres Hervortreten der Klassenfront, eine Verstärkung des echten antifaschistischen Willens. In derselben Richtung weist der Rückgang der Nationalsozialisten. Dieses konjunkturelle Emporgetriebene Gebilde, das sich kapitalistisch den Unternehmern gegenüber und anti-kapitalistisch gegenüber den Proleten gebildet, ohne feste Grundtöne, auf Wahn und Demagogie aufgebaut, ist ins Wanken gekommen. Es zeigt sich eine klassenmäßige Klärung in diesem Durcheinanderlassen verschiedener Elemente, eine Tendenz des Faschismus proletarischer Elemente zunächst zu den Kommunisten, und der Großkapitalisten und der Bourgeoisie zu Hugenberg.

Es wird eine ernste Aufgabe sein, die proletarischen Elemente, die instinktiv fühlen, daß sie von der NSDAP betrogen worden sind, zum Bewußtsein ihrer wahren Klasseninteressen zu bringen und dafür zu sorgen, daß sie nicht auf die Dauer das Opfer kommunistischer Demagogie werden. Das sind die Gesichtspunkte, die für den Kampf zum neuen Reichstag der Sozialdemokratischen Partei wesentlich sind. Denn wir haben den festen Willen zum Sieg! Wir werden unsere Position als stärkste Partei wieder erobern, wir werden weiter voranschreiten auf dem Wege zu unseren Zielen!

Für die Nationalsozialisten bedeutet der Verlust von zwei Millionen Stimmen mehr als eine vorübergehende Schlappe. Die Verluste sind am stärksten in ihren bisherigen Hochburgen, in Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg und Bayern. Besonders hart sind die Verluste dort, wo die Nationalsozialisten zu praktischer Gewalttätigkeit gewonnen gewesen sind. In Mecklenburg-Schwerin haben sie von 180 000 Stimmen 43 000 verloren, in Oldenburg von 145 000 Stimmen 31 000, in Thüringen von 424 000 Stimmen 80 000, in Anhalt von 105 000 Stimmen 15 000, in Braunschweig von 156 000 Stimmen 20 000. Nicht anders sieht es in ihrer Kernstimmengemeinde Koblenz aus. Auch hier hat eine Massenflucht der nationalsozialistischen Wähler eingesetzt. Und nun gar in der Stadt Oldenburg, wo der nationalsozialistische Ministerpräsident Koper ein ungläubiges Regiment führt, sind den Nationalsozialisten rund ein Drittel ihrer Wähler davongelaufen. Für eine Konjunkturpartei, wie es die NSDAP darstellt, ist eine solche Schlappe von sehr ernster Bedeutung. Es wird an uns liegen, die fortschreitende Bewegung weiter anzuknüpfen, damit sie zur Lämme ankommt.

Die nächste Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei heißt: Entschlossen Kampf gegen die Diktatur der Barone wie gegen ihre letzten reaktionären Verfassungspläne. Herr v. Papen zeigt Gelüste, trotz der Wahlergebnisse im Amte zu bleiben. Seine Leute sprechen von Verbreiterung der Basis, von Verhandlungen mit Faschistenführern. Das läßt erkennen, daß selbst im Lager der Barone das gewaltige Misstrauensvotum, das das Volk dem Kabinett der Barone gegeben hat, Kopfschmerzen verursacht. Aber welche Reaktion auch immer bei der NSDAP, vielmehr auch beim Zentrum stehen mas. mit der Feindreaktion künftig zusammenzugehen, so läßt sich heute doch schon erkennen, daß der Kreis dieses Zusammengehens der Kraft von Papen sein muß. Dieser Reichstagswahl ist ein unumkehrlicher Wendepunkt geworden! Die Sozialdemokratische Partei hebt sich in unüberwindlicher Feindschaft gegenüber, und aus dem Lager

des Zentrums tönt es: Weg mit dieser Regierung! Und Sittler läßt Herrn v. Papen ankündigen: Keine Verhandlung mit diesem System! Dennoch glauben harmlose Kreise um das Kabinett der Barone, daß die unbefürchtete Diktatur gegen das Parlament und gegen den Volkswillen fortgesetzt werden könnte. Sie reden von einer Verstärkung des staatlichen Kostandes, von einer Schlichtungsfrage, von der das Kabinett Papen jetzt steht. Sie meinen dabei die Frage, Staatsstreik oder nicht Staatsstreik. Die Schlichtungsfrage für das Kabinett Papen ist allerdings gegeben, sie heißt: Abtreten. Diese harmlosen Kreise reden davon, daß die Position des Herrn v. Papen gestärkt worden sei, und da ein Beweis auf Grund der Wahlergebnisse schlechterdings unmöglich sei, rechnen sie Herrn v. Papen die Stimmen der Nichtwähler zu, mit der Behauptung, daß Herr v. Papen nun rechtschaffen auf sie Anspruch erheben könnte. Das Kabinett v. Papen als das Kabinett der Nichtwähler, gestützt auf die Denksprüche, die politische Indifferenzen, die nichts — als — Coßiten sind, die sich nicht um das Gemeinwohl kümmern. Wir hätten dieser Charakterisierung nichts hinzuzufügen. Aber von welcher staatsrechtlichen Wirkung ist diese Zurechnung der Stimmen der Nichtwähler? Das Kabinett der Barone mag für diese Kreise gut sein, für eine politisch aktives Volk wird seine Existenz täglich unerträglich. Das Kabinett der Barone muß ebensfalls verschwinden!

### Zusammentritt des Reichstages

Der neue Reichstag tritt wahrscheinlich nicht erst Anfang Dezember, wie es die Papenbarone wünschen, sondern noch im November zusammen. Es sind jedenfalls im Zentrum Bestrebungen im Gange, den Zusammentritt schnellstens zu erwirken, um raschstens klare politische Verhältnisse zu schaffen. Das Ziel der Bestrebungen ist der Sturz und die Bildung einer „Präsidial-Regierung“, die im Reichstag eine Mehrheit hinter sich hat.

### Ligmann Alterspräsident des Reichstages

Wie sich bei Durchsicht der Listen der gewählten Abgeordneten ergibt, ist der im Wahlkreis Frankfurt/Ober-Grenzmarck als

nationalsozialistischer Spitzenkandidat gewählte General Ligmann 82 Jahre alt, während die nächstälteste Abgeordnete, die Kommunistin Frau Clara Zetkin, 75 Jahre alt ist. Der neue Reichstag wird also voraussichtlich von General Ligmann eröffnet werden.

### Zentrum und Papen

Das Zentrum hat am Montag einen Aufruf erlassen, in dem Herr v. Papen ebenfalls eine Abgabe erteilt wird.

Das Votum des 6. November bedeutet eine vernichtende Abgabe an das jetzige System, ein „bis hierher und nicht weiter“ gegenüber dem Volk und seiner Vertretung die Rechte nehmen wollen, ohne die ein gesundes Staatsleben nicht bestehen kann. Der Spruch des Volkes ist für uns Ermächtigung und Aufforderung, auf unserem Wege weiterzugeschreiten — im Vertrauen auf die Treue unserer Wählerschaft, im Vertrauen auf die Güte der Sache, des wir dienen.

Dem Staate kann nur dienen, wer nicht gegen das Volk, sondern mit dem Volke geht. Die Regierung hat gegen das Volk optiert. Das Volk hat ihr die Antwort gegeben.

Auf Grund dieses Volksurteils werden wir jeden verantwortlichen Schritt tun zur Überbrückung der Zerbrechung zwischen den politischen Lagern und zur Errichtung einer starken völkerverbundenen Reichsregierung an Stelle des unmöglichen Zustandes von heute.

Der Reichspräsident empfing am Montag nachmittag der Reichsfunktor zu einer Rede über die durch die Wahl geschene politische Lage.

### Änderung in der Mandatsverteilung

Nach den neuesten Zahlen, die vom Büro des Reichspräsidenten mitgeteilt werden, tritt in der bisher mitgeteilten Verteilung der Mandate infolge einer Änderung ein, als das Zentrum 69 und die Bayerische Volkspartei 19 Mandate erhalten.

### Politischer Zusammenstoß

Düsseldorf, 7. Nov. Zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam es in der vergangenen Nacht in Altenforde bei Schwelm zu Zusammenstößen, in deren Verlauf mehrere Schüsse abgegeben wurden. Zwei Kommunisten und ein SS-Mann erlitten lebensgefährliche Verletzungen und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Vier Kommunisten wurden von der Polizei festgenommen.

## Terror mit Bomben

Die Bombenattentate in Schleswig-Holstein — Auf Befehl der SA-Führung Reichsbanner und SPD. sollten provoziert werden Die SA. glaubte an die Machtübernahme Hitlers am 31. Juli

SPD. Hamburg, 7. Nov. (Eig. Drabl.) Am Montag begann vor dem Sondergericht in Altona der Prozeß gegen 40 schleswig-holsteinische SS- und SA-Leute, die in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August in zahlreichen Orten Schleswig-Holsteins auf Befehl der SS- und SA-Führung Handgranaten-Attentate auf die Wohnstätten politischer Gegner, auf Konsumvereinsläden, auf kommunistische Verkehrslokale und Parteibüros verübten. Das Gerichtsgebäude war durch ein starkes Polizeiaufgebot gesichert. Der Anhang der Bevölkerung in der Verhandlung war außerordentlich groß. Von den 40 Angeklagten — 22 wurden aus der Untersuchungshaft vorgeführt — sind 7 nicht erschienen; ihr Aufenthaltsort ist zum Teil unbekannt.

Vor Eintritt in die Verhandlung erörterte das Gericht die Frage der Immunität des Reichstagsabgeordneten und SS-Standartenführers Paul Moder, der von der Anklage als der Organisator sämtlicher Attentate, die auf Grund einer SS-Führerbesprechung durchgeführt wurden, bestraft wird. Da die Straftaten aber begangen wurden, bevor Moder dem Reichstag und dem Ständigen Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung angehörte, beschloß das Gericht gegen ihn zu verhandeln. Dann wurden zunächst die Handgranatenanschläge in Elmshorn, Nordersee, Barmstedt und Pinneberg, die von dem SA-Sturm 2/III/ unter der Führung des Sturmführers Grezelich aus Elmshorn ausgeführt wurden, besprochen. Der Angeklagte gibt zu, an den beiden Führerbesprechungen, die wenige Tage vor der Ausübung der Tat in Kendsburg und Neumünster unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Moder stattgefunden hat, und in denen die Handgranatenanschläge besprochen wurden, teilgenommen zu haben.

Ueber die weitere Teilnahme an diesen Sittungen und über den Inhalt der Besprechungen verweigerte er die Aussage. Auch alle übrigen Angeklagten, denen die Ausführung der Taten zur Last gelegt wird, geben nur zu, auf höheren Befehl gehandelt zu haben, verweigern aber die Aussage über den Inhalt der Befehlsangaben und über die Art der Vorbereitung der von ihnen durchgeführten Handgranatenanschläge. Alle früher vor dem Untersuchungsrichter gemachten Angaben werden von ihnen widerrufen; sie wollen sich an nichts mehr erinnern. Während der Verhandlung lezten die Angeklagten ein äußerst provozierendes Verhalten an den Tag. Sie gaben mit ironisch belächelndem Gesichtern Antwort auf die Fragen

des Vorsitzenden, die von lautem Gelächter auf den Anklagebänken begleitet wurden.

In einer zweiten eingehenden Vernehmung gibt der Angeklagte zu, daß er von seiner voraufgesetzten Führung, die er zunächst nicht näher bezeichnen will, die klaren und unabweislichen Befehle erhalten habe, in der Nacht nach dem Wahltag in dem Bezirk seines SS-Sturmes eine Anzahl Handgranatenanschläge zu verüben, wobei bei den Auslösen der Objekte ihm übertragen worden sei. Er habe seine Scharführer am Nachmittag des 31. Juli in einem Zimmer der nationalsozialistischen Gastwirtschaft Wein zusammengerufen und die ihm erteilten Befehle weitergeleitet. In einer Ansprache habe er den SS-Leuten bedeutet, daß es nun kein Zurück mehr gebe, daß jeder seine Befehle auf das gewissenhafteste ausführen müsse, wie auch über die Tat selbst peinlichstes Stillschweigen bewahrt werden müsse. Wer diesen Befehlen entgegenhandle, würde als Verräter behandelt, und was das bedeuten würde, müßten sie aus der Zeit ihrer Zugehörigkeit zur SS- und SA-Organisation kennen. Weiter habe er angeordnet, daß alle mit einem Auftrag beauftragten SS- und SA-Leute sich mit Zivilkleidung versehen müßten. Darauf habe er vier Handgranaten verteilt. Eine fünfte habe er für sich behalten, um den Anschlag in Barmstedt selbst auszuführen. Vier Anschläge seien dann ausgeführt worden, während im fünften Falle wegen eines unvorhergesehenen Ereignisses von der Ausführung Abstand genommen werden mußte.

Als der Angeklagte auf Veranlassung des nationalsozialistischen Verteidigers darüber befragt wird, ob man in den Kreisen der SA und SS mit einer Machtübernahme Adolf Hitlers am Tage nach der Wahl gerechnet habe, führte er aus, daß nicht nur er, sondern auch alle seine Kameraden von der unmittelbar bevorstehenden Machtübernahme der NSDAP überzeugt gewesen seien. Die Attentate habe man nur deshalb zur Ausführung gebracht, um die politischen Gegner, das Reichsbanner und die Kommunisten, zu Gegenmaßnahmen zu zwingen, um so den Grund zum endgültigen Vorschlagen zu haben. Auf eine weitere von der Verteidigung beantragte Frage gibt Grezelich ungewollt an, daß der ihm erteilte Befehl von dem Reichstagsabgeordneten Moder stamme, denn er antwortete auf die Frage, daß er unter allen Umständen die Befehle des Standartenführers Moder ausführen müßte, andernfalls er sich der Gefahr als Verräter behandelte zu werden, aussetzen würde. — Weiterverhandlung Dienstag.



## Nof der Städte

Sieben Forderungen

Der Präsident des Deutschen Städtebundes, Dr. Mulert, hat an den Reichspräsidenten neuerdings ein Schreiben gerichtet, in dem er auf den bevorstehenden Zusammenbruch zahlreicher Gemeinden hinweist und die Forderungen der Städte in sieben Punkte zusammenfaßt, in denen es u. a. heißt:

1. Es ist notwendig, die Arbeitslosenhilfe vom Gemeindefiskus finanziell loszulösen und einheitlich zusammenzufassen;
2. Es ist dringend erforderlich, aus den Ersparnissen der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge die ungedeckten Mehrausgaben in der Wohlfahrtsverwaltung für die Finanzierung und die Reichshilfe um den Betrag von rund 200 Millionen Mark sofort zu erhöhen;
3. die Gemeinden müssen in die Kampffront gegen die Arbeitslosigkeit einbezogen werden;
4. eine entscheidende Initiative des Reichs ist in der Frage der langfristigen Zinsbelastung dringend geboten mit dem Ziel, gangbare Wege zu einer Verminderung der Zinsverpflichtungen im öffentlichen Interesse von Schuldner und Gläubiger sowie der gesamten Volkswirtschaft zu finden;
5. die Frage der kommenden Umschuldung muß abschließend beherrschend gelöst werden;
6. die Gemeinden erwarten, daß die Reichsregierung zu der geordneten Vorkämpfung öffentlicher Betriebe nicht die Hand bietet;
7. die Gemeinden müssen in eine nähere staatsrechtliche Beziehung zum Reich treten, die ihre Zusammenarbeit und ihre Verantwortung noch einheitlichen Gesichtspunkten nach sich zieht.

## Deutsch-schweizerisches

### Wirtschaftsabkommen unterzeichnet

Nunmehr ist in Bern ein neues Abkommen unterzeichnet worden, das die dringendsten Fragen des deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverkehrs regelt. Es bringt auf dem Gebiete der Verkehrsleistungen für den Besuch deutscher Touristen in der Schweiz und für die Bezugsleistung schweizerischer Waren durch deutsche Importeure. Für eine Anzahl schweizerischer Exportprodukte ist eine Herabsetzung der deutschen Zölle vorgeschrieben, während die Schweiz neben einigen Zollermäßigungen für eine Reihe deutscher Waren erhöhte Kontingente zugewiesen. Das Abkommen wird vom 17. November 1932 ab vorläufig angewendet werden und zunächst bis 31. März 1933 in Kraft bleiben.

Zu der Unterzeichnung will das Berliner Tageblatt noch mitteilen können, daß zu den wichtigsten Regelungen des Abkommens die Herabsetzung der Zölle beider Länder auf Eisen- und Aluminatwaren gebührt. Weiter den Warenzöllen werden noch herabgesetzt die deutschen Zölle auf verschiedene Textilien, Maschinen, Chemikalien, Arzneimittel und Schokolade. Auf schweizerischer Seite ist dagegen eine Erhöhung der Einfuhrkontingente für verschiedene Waren erfolgt.

## Verhaftung und Freilassung in Spanien

Madrid, 6. Nov. General Sano, der dem Militärtribunal des Diktators Primo de Rivera angehört hatte, wurde hier bei seiner Rückkehr von Manila verhaftet. Er war inzwischen nach Madrid übergeführt worden, von wo er sich nach Spanien und nach den Philippinen reiste.

Madrid, 5. Nov. Der mit der Untersuchung des Mordes an dem 10. August ds. Jrs. betraute Sonderrichter hat die Freilassung der Haupttäter Gebollino und Prieto sowie der Mannsleute Bouce de Leon und Rodriguez Franco angeordnet. Auch der frühere Herzog de Santa Cristina sowie Alfonso Castellano, Martiniano und Angel Rodriguez, die ebenfalls nach den Vorwürfen vom 10. August verhaftet worden waren, sind, wie es scheint, in Freiheit gesetzt worden.

## Herriot über die Gleichberechtigung

Zürich, 6. Nov. Auf dem Kongreß der Radikalen sprach Herriot, der Ministerpräsident, über die Gleichberechtigung der Geschlechter. Er erklärte, wenn man daran denke, daß England einzig und allein deshalb 1914 in den Krieg eingetreten sei, weil es einen Akt unterzeichnet hatte, der die Neutralität Belgiens garantierte, dann habe man nicht das Recht, an der englischen Unterzeichnung zu zweifeln. Der Friede würde in weitem Ausmaße gesichert sein, wenn alle Unterzeichner den gleichen moralischen Wert hätten, den England der feindlichen gegeben habe.

Herriot ging dann auf die Frage der Gleichberechtigung ein und erklärte, diese Frage sei ein Beweis für den Mangel des guten Glaubens. Als er die deutsche Note erhalten habe, habe er zunächst geantwortet, daß er keine geheimen und vertraulichen Verhandlungen annehme. Das sei für niemand verbindlich. Er, Herriot, halte an der Völkerverständlichkeit fest. Er lasse gewisse Vorwürfe gegen Frankreich nicht durchgehen. Auf seinem Vortrage müsse er Frankreich verteidigen und zeigen, daß es recht habe. Gleichberechtigung ist aber nur, wenn die Formel die Wahrheit in sich schließt, ein höheres Regime gemeinsamer Sicherheit einzuführen. Wenn diese Formel aber nur Absichten zur Aufklärung und zur Verstärkung der Anstrengungskräfte verdeutliche, dann nein!

## Herunter mit den Telefongebühren

Wo bleibt hier die Anrufbelegung?

Es wird uns geschrieben:  
Die Reichspost erhebt, unbefürchtet um die Entwicklung der Preis- und Gebührenerhältnisse auf den meisten anderen Gebieten nach wie vor die für die mittleren und kleinen Geschäftsleute nicht mehr tragbaren hohen Telefon- (Anschluß-) Gebühren und so kommt es, daß die Zahl der bestehenden Telefonanschlüsse von Monat zu Monat immer mehr zurückgeht. Es ist begreiflich, daß in den Zeiten der überall von den anderen und für die anderen notwendigen Sparmaßnahmen die Geschäftswelt heute auf die schon an einem Luxus gemordete Einrichtung eines Telefonanschlusses verzichtet, und wieder zur Postkarte oder der persönlichen Mitteilung zurückkehrt. Die Ursache des Rückganges liegen einmal in der mehr und mehr zunehmenden Unrentabilität des kleinen Geschäfts- und Handwerksmeisters und zum anderen aber hauptsächlich aber auch darin, daß die Einrichtung eines Telefonanschlusses, Gebühren für die unentbehrliche Überleitung eines Telefonapparates, Leitung der Außenleitung und sonstiger Zutaten im Ganzen circa 100.— M. kostet, für die der Antragsteller, falls er den Telefonanschluß später wieder aufgeben gezwungen ist, keinen Pfennig mehr erhält. Daneben sind die allmonatlich zu zahlenden Grundgebühren in Höhe von 7.50 M. zu zahlen, einerlei, ob Telefongespräche geführt werden oder nicht. Hunderte von kleineren Geschäftsleuten haben dann am Ende des Monats nicht nur die 7.50 M., sondern auch zum Beispiel für 50 Gespräche je 10 W. gleich 5 M. zu zahlen, so daß ein Gespräch 25 W. kostet. Dadurch wird das Telefon außerordentlich stark belastet. Wenn auch, wie es in den Bestimmungen so schön heißt, für Anschlußarbeiten und Verzinsungen und Vorkosten für die Arbeitsleute und Kaufstoffe die Selbstkosten in Rechnung gestellt werden, die die Reichspost für die Stunde eines Telephonarbeiters oder Monteurs nahezu 1.50 M. pro Stunde berechnet, so mag einmal die Behörde die Verantwortung darauf geben, wie sich dieser erhebliche Kosten erhöhen und an welche der von ihr befristeten Gewerbetreibenden und Unternehmern sie gleiche Stundenlöhne zahlt.  
Deshalb muß nun aber auch die allgemeine Verzinsung lauten:

Herunter mit den Telefongebühren.

# Freistaat Baden

## Landtags Sitzung am Donnerstag

Am Donnerstag, 10. Nov., vormittags 10 Uhr, wird der Badische Landtag zu einer kurzen Sitzung zusammentreten, in der die Eröffnung der neuen Sitzungsperiode formell beschlossen werden wird. Die nächste Sitzung wird dann voraussichtlich am 15. Nov. stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen Neuwahlen des Landtagspräsidenten und der Regierung.

Auf der Tagesordnung der Sitzung des Badischen Landtags am Donnerstag stehen neben der Regelung der Mandatsnachfolge für verstarbte Abgeordnete, die Wahl des Landesständischen Ausschusses, der Bericht über die Tätigkeit des Landtages in der abgelaufenen Sitzungsperiode, sowie die Notgedr. betr. Bürgerhaften des Landes.

Montag nachmittag hat dem D. 3. auflose im Landtagsgebäude eine Besprechung der Mitglieder der Regierung und Führer der Koalitionsparteien stattgefunden.

Auf Grund des Reichstags-Wahlergebnisses würde nun der Badische Landtag folgen dem Schema aussehen: 40 Nationalsozialisten, 33 Zentrum, 17 Kommunisten, 15 Sozialdemokraten, 5 Deutsche nationale, 2 Deutsche Volkspartei, 2 Deutsche Staatspartei, 2 Evangel. Volksverein.

## Zur Wahl eines Innenministers

Wie wir hören, haben die städtischen Kollegien in Mainz dem Genossen Bürgermeister Dr. Kraus einen längeren Urlaub bewilligt, so daß der Wahl des Genossen Dr. Kraus zum badischen Innenminister von der Seite aus kein Hindernis mehr im Wege steht. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird daher dem Genossen Kraus für den Posten des Innenministers in Vorschlag bringen.

## Einnahmen und Ausgaben Badens im ersten Rechnungshalbjahr

In dem Haushaltszeitraum April/September 1932 betrugen die Einnahmen des Landes Baden (nach Abzug der Steuerüberweisungen an die Gemeinden und Kreise und der Zuschüsse an die Unternehmungen und Betriebe) 82 285 000 RM., die Ausgaben 88 345 000 RM. Somit ergibt sich im ordentlichen Haushalt eine Mehrausgabe von 4 060 000 RM. Im außerordentlichen Haushalt besaßen sich die Einnahmen auf 296 Millionen (aus Anleihen), die Ausgaben auf 331 Millionen, so daß eine Mehrausgabe von 35 Millionen verbleibt.

Mit Rücksicht auf die Ungleichheit im zeitlichen Vollzug und die teils vorläufige Berechnung der Einnahmen und Ausgaben während der einzelnen Monate des Rechnungsjahres lassen sich zu vorläufigen Schlussfolgerungen auf den Abschluß der Haushaltsrechnung aus obiger Darstellung nicht ziehen.

Die Einnahmen und Ausgaben für das Wohnungswesen, die außerhalb der Haushaltsrechnung verrechnet werden, sind in dem obigen Ausweis nicht enthalten. Das Jahresoll beläuft sich in Einnahme und Ausgabe auf 8 495 000 RM. Vom 1. April bis Ende September 1932 betrugen die Einnahmen 3 968 958 RM., die Ausgaben 4 067 217 RM.

## Die Ueberfüllung im höheren Lehrfach

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Der Beginn des Wintersemesters gibt Veranlassung, erneut und mit allem Nachdruck auf die Ueberfüllung im höheren Lehrfach hinzuweisen. Schon jetzt ist die Zahl der geprüften Kandidaten so groß, daß die Lehramtsstellen der jüngsten Jahrgänge mit einer langjährigen Wartezeit rechnen müssen, bis sie zu kurzfristigen Stellvertretungen herangezogen werden können. Seit zwei Jahren war es nicht mehr möglich, Studierenden die Aussicht zu eröffnen, die Anwartschaft auf Anstellung im höheren Schuldienst in Baden zu erlangen (numerus clausus). Auch in den nächsten Jahren wird infolge des höheren Rückganges der Schülerzahlen diese Anwart-

schaft voraussichtlich keinem Studierenden eröffnet werden können. Er wird lediglich die Möglichkeit haben, sofern er die in der Prüfungsordnung vom 19. April 1928 geforderten Voraussetzungen erfüllt, sich der Staatsprüfung für das wissenschaftliche Lehramt zu unterziehen, um dann den Vorzug zu machen, anderweitig unterzukommen.

## Schwarzwälder Naziblatt auf drei Tage verboten

D. 3. Karlsruhe, 7. Nov. Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Die in Karlsruhe erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „Schwarzwälder Tagblatt“ wurde auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 mit sofortiger Wirkung wegen Verächtlichmachung der Reichspflagge durch den Artikel „Verwacht“ in Nummer 254 vom 1. November 1932 auf die Dauer von drei Tagen verboten. Das Verbot umfaßt auch die in demselben Verlag erscheinenden Kopieblätter der Zeitung, sowie jede angelegte neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

## Warum müssen wir importieren?

Der Reichsverband Deutscher Fruchtrohändler e. V. E. S. E. B. in, Ortsgruppe Karlsruhe, schreibt uns:  
Auslandsgemüse und Obst beziehen wir nur dann, wenn die einheimische Produktion nicht in der Lage ist, den gesamten Bedarf zu decken, sei es was Qualität oder Quantität betrifft, sei es wenn deutsche Produkte überhaupt nicht am Markt sind. Südfrüchte wie Orangen, Zitronen usw. gedeihen ja sowieso nicht bei uns und müssen eingeführt werden. Welcher Importeur würde lo ungeschäftsähnlich handeln und Auslandsware einführen, wenn genügend vorhanden ist. Der hohe Zoll und die hohen Frachten, die dem Reiche zugute kommen, würden ihm effektiven Schaden bringen. In den Wintermonaten sind unsere Gärtner und sonstigen Teile der Landwirtschaft durch die Einfuhr von frischem Gemüse und Früchten in die angenehme Lage versetzt, mit diesen zu handeln und Verträge zu haben, da deutsche Produkte wohl kaum zu haben sind. Man denke nur an die frühen Gemüße, Salate und dergleichen, die jeder Hausfrau willkommen sein müssen. Die Wochenmärkte wären im Winter und im ersten Frühjahrs sozulagen ohne jede frischen Früchte und Gemüse, könnten wir viele nicht aus dem Auslande beziehen.

Es will gar nicht bestritten werden, daß es der Landwirtschaft in Deutschland schlecht geht, es soll nur bestritten werden, daß es der Landwirtschaft allein schlecht geht. Wie liegen doch alle Berufe darnieder, besonders die Industrie! Und gerade diese würde eine weitere schreckliche Arbeitslosigkeit aufzuweisen haben, wollten wir aus dem Auslande nicht oder nur wenig einführen. Die Auswertung wäre eine so große, von der sich heute der ahnungslose Verbraucher kaum Begriffe machen kann. Warum mehr sich die Industrie heute mit Händen und Füßen gegen eine Kontingentierung der Einfuhr? Weil eine solche diese einfach schammart lenen würde und damit viele Tausende von Arbeitern brotlos. Man muß die Kräfte immer beim Dorf lassen und einseitige Beratungen und Berichte sind nur mit Vorbehalt aufzunehmen. Sie zeigen immer die eine Seite, die zum Vorteil gewisser Kreise sind, aber die andere und wertvollere verschweigen. Wir beziehen aus dem Auslande viel weniger als wir ausführen, das muß hier endgültig geclart sein. Und wenn wir nichts einführen, können wir unsere Industrieverseuernisse auch nicht ausführen und mit schönen Worten und einseitig gefärbten Berichten ist es nicht getan. Man muß die Wirklichkeit sehen und hören lernen! Die Industrie, der Einfuhrhandel, Groß- und Kleinhandel usw. und die durch diese Beschäftigten, die von der Unterbindung der Einfuhr schwer betroffen würden, sind viele Millionen, deren größter Teil brotlos wird, wollte man aus dem Auslande nichts mehr einführen. Man verliert heute, den Käufer glauben zu machen, daß durch die Einfuhr Deutsche brotlos werden. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Durch die Einfuhr ist unsere Industrie imlande, auszuführen und gibt dadurch diesen Tausenden Arbeitern Beschäftigung und Brot.

Die Ferien an den höheren Schulen wurden vom Ministerium des Unterrichts für das Jahr 1933 wie folgt festgelegt: Weihnachtsferien vom 24. Dezember 1932 bis 7. Januar 1933, Osterferien 1933 vom 10. April bis 29. April, Pfingstferien 1933 vom 3. Juni bis 10. Juni, und Sommerferien 1933 vom 31. Juli bis 9. September.

# Die schmeckt ja ganz anders

Der Unterschied zwischen 3 1/2 Pfg-Zigaretten schlecht hin und der Waldorf-Astoria-Zigarette OBERST fällt jedem sofort auf. Zu verwundern gibts dabei eigentlich nichts. Die OBERST wird ja immer noch aus demselben echt macedonischen Tabak gemacht wie früher, als sie noch 5 Pfennig kostete. Da muss sie doch besser sein!



OBERST die 3 1/2 Pfg-Zigarette

Bei der nach teurer Marken Art sich Milde mit AROMA paart.





Schiffspielhäuser

„Die Zwei vom Südpfeil“ im Gloria-Palast. Der „Südpfeil“ ist das gewaltigste, spannendste Filmdrama der letzten Jahre. Ein Purloin aufgefischter Lebensroman, toller Zensuraktion und überaus grandioser Einfälle. Eine hervorragende Darstellung, eine glaubhafte, mitterleibige Handlung, eine herrliche Fotographie und die markante, kraftvolle Regie...

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe. Vorstandssitzung. Morgen Mittwoch abend 7 Uhr im Volkshaus. Sitzung des engeren Vorstandes. Arbeitsgemeinschaft sog. Lehrer. Mittwoch, 9. November, nachmittags 5 Uhr, monatliche Zusammenkunft im Volkshaus (Schützenstraße).

Bestell den Wahren Jacob!

Ausstellung „Deutsche Woche“ Ausstellungshalle. dauert nur noch bis Mittwoch, den 9. November. Eintritt: Erwachsene 30 Pfg., Kleinkinder und Erwerbslose 15 Pfg., Schüler 10 Pfg. Auf jede Eintrittskarte eine Tasse Kaffee gratis.

Konditorei und Kaffee Friedrich Nagel. Waldstr. 41-43 - Ecke Kaiserstr. - Tel. 699. empfiehlt Gansbierpastete im Anschnitt. Von 10 Uhr ab tägl. warme Fleischpasteten.

Karlsruher Notgemeinschaft. 4. Spendenliste. 7. November 1932. Je 5 M.: Prof. Dr. G. Arnoldt, Landammann...

Jugend

S.S.O. Es wird erwartet, daß wir reiflos am kommenden Mittwoch im Handarbeitsaal der Hebelstraße zur S.S.O.-Versammlung erscheinen.

Wochenprogramm der Kinderfreunde

Groß-Karlsruhe. Minibelm-Orkiade: Mittwoch von 5 bis 7 Uhr in der Schule in Minibelm. Mittel- und Südpfeil: Jungfrauen: Mittwoch von 1/2 bis 1/2 Uhr im Jugendheim. ...

Arbeiter-Wohlfahrt Karlsruhe. Unsere Mahabende für Frauen und Mädchen beginnen am heutigen Dienstag, 8. November, wieder. In der Nähstunde Karl-Friedrich-Str. 22, 3. St. Dienstag und Freitag, abends 8-10 Uhr...

In den Nähstunden ist den Frauen und Mädchen Gelegenheit gegeben, Wäsche und Kleidungsstücke auszubessern und anzufertigen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Das Wetter ist neblig trübe abgesehen. Stellenweise traten gestern auch leichte Niederschläge auf. In der Höhe haben die Wolken jetzt wieder nach Südwest gedreht, während unten noch der Nordost vorherrscht. Die Bewölkung wird sich deshalb noch halten.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 4. November: Helena Busch, alt 28 Jahre, Ehefrau von Martin Busch, Dipl.-Kochlehrer (Freiburg). ...

Jetzt ist die Zeit des „Schneipens“, bemühen Sie sich, ihn zu verhindern. Sobald Sie das nächste Mal auch nur ein Fingernagel der Fingerringe...

Todesanzeige. Tiefbetrubt geben wir Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß am Sonntag nacht, mein innigstgeliebter, herzenguter Mann, unser guter Vater...

Gustav Meißner. Maschinensetzer. nach kurzer Krankheit im Alter von 50 Jahren unerwartet rasch entschlafen ist. Karlsruhe, 7. November 1932. Trauerhaus: Herdersstr. 1.

Frau Greta Meißner, Ww. Die Feuerbestattung findet am Mittwoch, den 9. November, 2.30 Uhr, im Krematorium in Karlsruhe statt.

Todes-Anzeige. Nach kurzer Krankheit verschied unerwartet Genosse Gustav Meißner. Wir verlieren mit ihm einen fleißigen und treuen Mitarbeiter, einen aufrichtigen und lebenswürdigen Kollegen.

Gustav Meißner. Maschinensetzer. Wir verlieren mit ihm einen fleißigen und treuen Mitarbeiter, einen aufrichtigen und lebenswürdigen Kollegen. Geschäftsleitung und Personal der Verlagsdruckerei Volkfreund.

Für 30 Pfennig 4 Wochen zur Probe. die Deutsche Kurz-Post, Deutschlands einzige Kurz-Zeitung für Politik, Wirtschaft, Kultur. Was die DKP ist? Eine Zeitungs-Zeitung, die wöchentlich einmal in kurzer, übersichtlicher Form alle Vorgänge des Weltgeschehens bringt...

Gutschein! Für ein vierwöchentliches vollkommen unverbindliches Probeabonnement auf die Deutsche Kurz-Post, Deutschlands Kurz-Zeitung. Für Postspesen liegen 30 Pfg. in Freimarken bei.

Sozialdem. Partei Karlsruhe. Todes-Anzeige. Den Mitgliefern die Trauernachricht, daß der Genosse Gustav Meißner...

Boxkämpfe im Colosseum. Pol.-Sp.-V. Stuttgart. I. KBV. 1922. Donnerstag, 10. Nov., 20.15 Uhr. Vorverkauf zu ermäß. Preisen 21g.-Haus Bekir.

In jede Familie nur den Volksfreund. Angenehm-Buchstaben zu bestausgezeichneten Preisen gegen einen engl. Schiedsrichter...

Diese Woche Volkswohl-Lotterie. Ziehung 11. bis 15. Nov. 400000 150000 100000 75000. Gut erhaltener schön gezeichnete, schlanke Figur billig zu verkaufen...

Zwangs-Versteigerung. Mittwoch, den 9. November, nachmittags 2 Uhr, werde ich im Karlsruher im Lokal Herrentstraße 10a, gegen bare Zahlung im Vollstreckungsbüro öffentlich versteigern. 1 kleine Partie elektr. Artikel wie Kochherd, Heizkissen, Fußwärmer, Wasserpumpen...

Rüchen. von 79.4. Büfettis 58.4. Süßig Zähringer hinter Gelsch. Knop. Hofen, Soppen sen u. geb., Wotbil 33Hringerstraße 53 a 11.

GLORIA PALAST. Unser Publikum verlangt Sensationen. Leidenschaft, Liebe, Humor und Musik! Die Zwei vom Süd-Expres. Trude Berliner / Ernst Busch, Otto Wernke / Harry Hardt.

Mietervereinigung Karlsruhe (e.V.). Geschäftsstelle (nur briefl.) Winterstraße 26 II. Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee Noack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“...

Gaggenauer Anzeigen. Bekanntmachung. Der Besitzer der Gührferm im Waldgeviert ist bereit, die Einrichtung zu verkaufen oder zu verpachten. Interessenten wollen sich bei mir anmelden. Gaggenau, den 7. November 1932.

Wein-Sonderpreise. Nutzen Sie die Gelegenheit! Rotwein offen Liter 58 statt aus den Lagen Unstein u. Hardt. Weißwein offen Liter 58 statt Frankweil, Lt.-Fl. 65 statt Ungsteiner Lt.-Fl. 65 statt.

Pfankuch. und unser Rebatl. Mehrere Rentner kauft Pfankuch zu fast gelinderen Preisen an Jakob Kupplinger, Michelbach, (Murgtal) Gausnum. 129. K.2025.